

**Ergebnisprotokoll Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales**

Am 03.06.2022, 13:30 bis 15:30 Uhr

Ort: Videokonferenz

Teilnehmer*innen:

Bendzuck, Gerlinde	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Hilbold, Michael (III B 01)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales-Abteilung Soziales
Holl, Katharina	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Irps, Renate (II A 1)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Kurbjeweit, Frieder	Deutsches Institut für Menschenrechte
Loos, Stephanie	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Niewiedzial, Katarina (I AbtL)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Oelhaf, Anna (III B 1 TR)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales-Abteilung Soziales
Rauchfuß, Jan (II C 5)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Rehse Dr., Catharina (III C)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales-Abteilung Soziales
Schwarz, Volkhard (III B 1)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales-Abteilung Soziales
Stenger, Birgit	Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
Striek, Judith	Deutsches Institut für Menschenrechte
Struck, Ilona	Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Würtz Dr., Julia (III B 1.1)	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales-Abteilung Soziales

TOP 1: Begrüßung

- Frau Dr. Rehse eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmenden.

- Frau Dr. Rehse begrüßt als Gast Frau Niewiedzial, Beauftragte für Integration und Migration.
- Die Staatssekretärin Frau Christoph hat sich für heute entschuldigt, aber die Teilnahme von 2 Sitzungen pro Jahr zugesagt. Sie hat Ihre Teilnahme an der Sitzung im Herbst erklärt.
- Tagesordnung:
 - Frau Dr. Rehse schlägt vor, den TOP „Abteilung Integration“ vorzuziehen, da Frau Niewiedzial als Gast zugegen ist.
 - Frau Bendzuck kündigt an, dass beim TOP Behindertenpolitik noch zwei Gäste, Herr Beier und Herr Andersch vom Berliner Behindertenparlament, dazu kommen werden.

TOP 2: Protokollkontrolle

- Zum Protokollentwurf von der Sitzung am 04.03.2022, versendet am 28.03.2022, gibt es Anmerkungen und Änderungen von Frau Loos, zu denen es keinen Einspruch gibt:
 - Unter TOP 3 Punkt 7 FAQs zum Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG): Das Deutsche Institut für Menschenrechte soll die FAQs für die Verwaltung und die Zivilgesellschaft im Hinblick auf Passgenauigkeit überprüfen. Hierzu wurde kein konkreter Formulierungsvorschlag eingereicht.
 - Unter TOP 5 „Arbeit“ wird um die Ergänzung von Zahlen für das Modellprojekt „Beschäftigungsimpulse für Menschen mit Behinderungen durch Nutzung des Budgets für Arbeit“ gebeten. Frau Dr. Würtz wird die Bitte an die Abteilung Arbeit weiterleiten.
 - TOP 6, Punkt 2: Bitte/Empfehlung (unabhängig von der Erreichbarkeit), dass die angenommene Unterversorgung in den Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) über den Landeshaushalt versucht wird auszugleichen. Hierzu wurde kein konkreter Formulierungsvorschlag eingereicht.
 - TOP 6, Punkt 3 „Partizipationsfonds“: Ergänzungsvorschlag, dass Elternselbsthilfvereine von Kindern als Selbstvertretungen wahrgenommen werden sollen.
- Das Protokoll wird nach Aufnahme der Änderungen auf der Web-Seite veröffentlicht.

TOP 3: Aktuelles

- Es wurden im Vorfeld keine Punkte unter Aktuelles angemeldet.
- Auf Nachfrage werden hier keine Themen eingebracht.

TOP 4: Themen der Abteilung Integration

- Frau Niewiedzial bedankt sich für die nette Begrüßung, sie vertritt heute primär die Kollegin Frau Böttcher und freut sich darüber, ab und an dabei sein zu können, Inhalte mitzubekommen und zu berichten.
- Frau Niewiedzial berichtet über das Landesaufnahmeprogramm Libanon, zu den Maßnahmen bezüglich der Ukraine und zu Zuwendungen.
- Bezogen auf das Thema Ukraine fragt Frau Bendzuck nach dem Sachstand bezüglich der tauben Geflüchteten aus der Ukraine, ob diese jetzt einen gesicherten Verbleibstatus in Berlin haben. Frau Niewiedzial berichtet, dass ihres Wissens nach alle in Berlin bleiben konnten.
- Frau Bendzuck sagt, dass sie bezüglich einer Focus Gruppe im Behindertenparlament sehr gerne mit Frau Niewiedzial Kontakt aufnehmen würden. Frau Niewiedzial begrüßt das und streut gerne Informationen und bittet um aktive Teilnahme.

TOP 5: Themen der Abteilung Soziales

Umgang mit besonders schutzbedürftigen Geflüchteten

- Herr Hilbold berichtet über den Umgang mit besonders schutzbedürftigen Geflüchteten im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen aus der Ukraine.
- Individualanreisen erfolgen meist über den Hauptbahnhof. Dort gibt es eine Inaugenscheinnahme, bei besonderen Bedarfen kommen Menschen in die Welcome Hall. Von dort gibt es einen Transfer nach Tegel. In Tegel wird vertieft geschaut. Über den Verteilschlüssel erfolgt dann die bundesweite Weiterverteilung. Für diejenigen, die in Berlin bleiben, gilt das übliche Verfahren.
- Für die Unterbringung von evakuierten Gruppen mit besonderen Bedarfen ist gerade ein eigenes Verfahren im Aufbau. Es wurde eine Bundeskontaktstelle eingerichtet, an die Länder Kapazitäten melden sollen. In den Ländern gibt es Landeskoordinierungsstellen, von denen dann die Verteilung passiert. Es gibt noch Verbesserungspotenziale bei der Verteilung in die Länder.
- Die Rückmeldung von der Nichtregierungsorganisation (NGOs) und dem Bund zeigen, dass Berlin eine gute Qualität bei der Erstversorgung hat, weshalb Berlin zusätzlich angesteuert wird. Daraus ergeben sich aber Herausforderungen für die Langzeitversorgung, weil Berlin nicht alle ankommenden Menschen langfristig bedarfsgerecht versorgen können wird. Es ist wichtig, dass die Strukturen und Ressourcen in ganz Deutschland genutzt werden und entsprechend Druck auf die Länder ausgeübt wird. Frau Dr. Rehse und Herr Hilbold merken an, dass dahingehend politische Unterstützung der Verbände willkommen ist.
- Es hat sich gezeigt, dass erst vor Ort eine wirkliche Bedarfserfassung vorgenommen werden kann. Die im Vorfeld gemeldeten Bedarfe lassen nicht immer auf die tatsächlich den Bedürfnissen entsprechende Versorgung schließen und im Vorfeld eine Versorgung zu organisieren. Frau Bendzuck

teilt die Einschätzung, dass es eine qualifizierte Einschätzung vor Ort nach unseren Standards nötig ist, weil eine Übertragbarkeit nicht immer gegeben ist.

- Frau Struck erkundigt sich, ob es Unterkünfte gibt, die generell für Menschen in Notlagen mit bestimmten Einschränkungen und Behinderungen vorgehalten werden. Frau Braunert-Rümenapf weist darauf hin, dass beispielsweise Blindenleitsysteme, Alarmer nach dem Zwei-Sinne-System oder Buchsen für Induktionsanlagen ohne große Kosten angelegt werden könnten. Herr Hilbold berichtet, dass in den neuen LAF (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten) -Unterkünften bereits viele barrierefreie Plätze geschaffen wurden. Durch die Ukraine-Situation ist deutlich geworden, dass weitere Lösungen gefunden werden müssen, weil die Regelstrukturen schon sehr ausgelastet sind.
- Auf Nachfrage von Frau Braunert-Rümenapf zur Erfassung der Bedarfe zur langzeitigen Versorgung (zum Beispiel sozialpädagogisch, Gebärdensprachdolmetschung) berichtet Herr Hilbold, dass sich dies in der Planungsphase befindet.
- Auf Nachfrage von Frau Bendzuck zum Zeitplan für die geplante Clearingstelle berichtet Herr Hilbold, dass eine geeignete Gebäudestruktur gefunden wurde und notwendige Anpassungen dort aktuell geprüft werden. Die Clearingstelle soll so schnell wie möglich ihre Arbeit aufnehmen.

Partizipationsfonds

- Frau Oelhaf berichtet über den aktuellen Stand der Umsetzung. Die Umsetzung erschwert sich aufgrund der noch nicht festgelegten Haushaltsmittel.
- Es ging bereits eine Mail an die Teilnehmenden, die weitere Beteiligung zum Partizipationsfonds über eine Unterarbeitsgruppe zu organisieren. Hierzu gab es mehrere Terminvorschläge. Frau Bendzuck, das Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und die Monitoringstelle Berlin sagen ihre Teilnahme zu. Die Teilnehmenden legen den 14. Juni als Termin fest. Es sollen weitere Teilnehmende aus dem Landesbeirat hinzugezogen werden.
- Die inhaltliche Diskussion wird auf die Unterarbeitsgruppe vertagt.

Schlichtungsstelle

- Frau Braunert-Rümenapf berichtet über den aktuellen Stand der Umsetzung.
- Es gibt einen Entwurf einer Rechtsverordnung, der aber noch nicht juristisch geprüft ist.
- Fristen, Niedrigschwelligkeit, Datenschutz und Barrierefreiheit sind relevante Themen in der Rechtsverordnung.
- Die zentrale offene Frage ist die nach dem Personalmodell. Gegenüber der Möglichkeit von externem Personal würden zwei feste Angestellte präferiert. Allerdings ist nach dem aktuellen Haushaltsplan nur eine Stelle vorgesehen.

Gegebenenfalls müssen weitere Ressourcen zum nächsten Haushalt angemeldet werden.

- Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen wird die Rechtsverordnung in der Landesbeiratssitzung am 06.07.2022 vorstellen und das Beteiligungsverfahren dort eröffnen.
- In Bremen ist die Schlichtungsstelle seit zwei Jahren aktiv. Anfänglich haben sich wohl recht wenige an die Schlichtungsstelle gewandt, jetzt sind aber 8 Fälle gleichzeitig in Arbeit. Dies lässt darauf schließen, dass es etwas Anlaufzeit braucht.
- Zur Art der Fälle aus anderen Ländern ist nichts Näheres bekannt, da dies absoluter Verschwiegenheit und dem Datenschutz unterliegt. Im Bund gibt es Tätigkeitsberichte, die Hinweise bieten.
- Frau Loos wünscht sich, dass aufgezeigt wird, welche Möglichkeiten es gibt, Fälle im Kinder- und Jugendbereich zu bearbeiten.

Landesfachstelle Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen

- Frau Dr. Würtz berichtet zum aktuellen Stand.
- Durch das neue Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) gibt es viele Verpflichtungen, die auf die Verwaltung insgesamt zukommen in Bezug auf Barrierefreiheit (zum Beispiel Mobilität, Kommunikation, Bestandsbauten) und angemessene Vorkehrungen im Einzelfall. Deshalb ist es wichtig, dass es eine Landesfachstelle gibt, die diesbezüglich berät und informiert.
- Es soll einen Kreis von Expertinnen und Experten geben, der die Landesfachstelle begleitet.
- Die Vorbereitungen der Trägerschaft der Landesfachstelle laufen und eine Ausschreibung ist im zweiten Halbjahr 2022 geplant.
- Die Verwaltung bietet den Selbstvertretungen an, Input für die Ausschreibung zu geben, mit der ein geeigneter Träger gefunden werden soll. Dafür gibt es drei Fragen zur Orientierung, wobei auch darüberhinausgehende Hinweise willkommen sind. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt ein qualifiziertes Feedback geben.
- Die Fragen sind:
 - Zu welchen speziellen Themen sollen die Mitarbeitenden in der Landesfachstelle für Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen mit qualifizierten Rat zur Verfügung stehen?
 - Welches Angebot soll sich auf die Beratung und Information von Wirtschaft, Verbänden und Zivilgesellschaft - nur auf Anfrage und im Rahmen der verfügbaren Mittel – erstrecken?
 - Welche Beratungsaufgaben soll der Kreis von Expertinnen und Experten, (dem mehrheitlich Vertreterinnen und Vertreter der Verbände von Menschen mit Behinderungen auch in Bezug auf Mehrfachzugehörigkeiten angehören), übernehmen und wer soll dem Gremium angehören?

- Die Frist für den Input wird mit den Fragen einer Mail an alle Teilnehmenden weitergereicht.
- Frau Loos bittet um qualifizierte Rückmeldung zu der vor circa 2 Jahren gelieferten Liste von Websites, die überprüft werden sollten. Herr Schwarz bittet Frau Loos, bei der Berliner Kompetenzstelle für digitale Barrierefreiheit beziehungsweise in der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport nachzufragen, die für dieses Thema zuständig ist und eine Rückmeldung geben müsste.
- Frau Loos weist darauf hin, dass der Link zu den Standards von barrierefreien PDF-Dokumenten mehr an öffentliche Stellen gestreut werden sollte, weil es dazu sehr viel Unwissen gibt. Frau Dr. Würtz informiert, dass auch für diesen Themenbereich das Landeskompetenzzentrum digitale Barrierefreiheit zuständig ist. Zwischen diesem und der Landesfachstelle für Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen wird es jedoch eine Koordination geben. Auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, die über die verschiedenen Zuständigkeiten informiert, ist geplant.

TOP 6: Themen der Abteilung Arbeit

- Herr Rauchfuß stellt das Beschäftigungsprogramm „Projekte in öffentlich geförderter Beschäftigung in Berlin (BiB)“ vor: Die Senatsverwaltung fördert Projekte, in denen Menschen arbeiten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt zunächst kaum Chancen auf einen baldigen Einstieg haben. Hier werden auch Projekt gefördert, die sich an Menschen mit Behinderungen richten.
- Hervorgehoben wird das Projekt „Solidarisches Grundeinkommen“ (SGE). Hier sollen 700 neue Programmplätze auch Menschen mit Behinderungen zu Gute kommen. Zum Beispiel werden im Rahmen des VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) -Begleitservices, der sich an Menschen mit Mobilitätseinschränkungen bezieht, auch Personen über das Solidarische Grundeinkommen finanziert.
- Frau Braunert-Rümenapf erwähnt in dem Zusammenhang noch den Begleitdienst 60+, bei der es nach ihr eine Erweiterung des Personenkreises geben sollte.

TOP 7: Neue Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

- Am 18.03. wurde der Entwurf der Geschäftsordnung mit Hinweisen zum Verfahren an die Mitglieder der Arbeitsgruppe verschickt. Die Frist für die Einreichung von Änderungsvorschlägen durch die Mitglieder war der 13. Mai.
- Es sind bis dahin keine Änderungsvorschläge von den Teilnehmenden in der Geschäftsstelle eingegangen, so dass es nicht zielführend ist, den TOP zu besprechen – einige Teilnehmende teilten mit, dass sie aus zeitlichen Gründen nicht dazu gekommen sind.
- Es wird vorgeschlagen den TOP zu verschieben.

- Die Teilnehmenden werden gebeten, im Nachhinein nun Ihre Änderungen einzureichen.

TOP 8: Berliner Behindertenparlament 2022

- Herr Anders und Herr Beier berichten als Koordinatoren des Berliner Behindertenparlaments über die Kick off Veranstaltung des Parlaments für das Jahr 2022.
- An der Kick off Veranstaltung hat auch die Staatssekretärin Frau Christoph teilgenommen und die für Soziales zuständige Senatsverwaltung zu Anträgen Stellung bezogen.
- Bis zur Tagung des Berliner Behindertenparlaments Ende des Jahres wurden zudem sogenannte Fokusgruppen zu verschiedenen Themen eingerichtet. Diese erarbeiten Anträge, die anschließend auf der Parlamentstagung beschlossen werden sollen.
- Finanziell wird das Berliner Behindertenparlament gefördert von Aktion Mensch e.V., der Landeszentrale für politische Bildung und Erbschaftsmitteln der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung.

TOP 9: Partizipation in den Bezirken / Projekt des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Aufgrund der fehlenden Zeit wurden die Inhalte zu diesem TOP nachgeliefert:

- Im Projektteil Partizipation widmet sich die Monitoringstelle in diesem Jahr insbesondere der Bezirksebene. Für den 30.06. ist eine Veranstaltung geplant, die zum einen das Thema politische Partizipation über die Bezirksbeiräte und zum anderen die Einrichtung der bezirklichen Koordinierungsstellen aufgreift.
- Im Themenbereich der Partizipation über die Bezirksbeiräte soll es auch um die Ergebnisse aus dem Bericht der Monitoringstelle zur Politischen Partizipation in Berlin vom Ende letzten Jahres gehen. Die Monitoringstelle will hier insbesondere die wichtige Rolle der Bezirksbeiräte unterstreichen und erläutern, wo es in den Bezirken noch Probleme gibt. Dazu veröffentlicht die Monitoringstelle zwei Handreichungen (in Leichter und schwerer Sprache).
- Im Themenbereich Einrichtung der bezirklichen Koordinierungsstellen will die Monitoringstelle einen Austausch zu diesem sehr wichtigen Thema aus dem Landesgleichberechtigungsgesetz fördern. In einigen Bezirken gibt es dazu schon Erfahrungen, in anderen zeichnen sich noch Herausforderungen ab. Dieser Themenbereich wird durch eine Handreichung unterstützt.

TOP 10: Sonstiges

- Am 23. September findet für Verwaltungsangestellte eine Schulung zu „Behindertenpolitische Maßstäbe in Berlin und deren Bedeutung für das praktische Verwaltungshandeln“ statt.

- Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung hat die Web-Seite der Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen unter Berücksichtigung der Neuerungen im Landesgleichberechtigungsgesetz überarbeitet: Alle beschlossenen Protokolle sind nun dort in barrierefreier Form zu finden.
- Nächster Sitzungstermin der Arbeitsgruppe ist der 2. September 2022